

Hannover, 1. Juni 2012

Keine Verschiebung von Stellen von Gesamtschulen zu Gymnasien
GEW kritisiert Althusmann wegen unprofessioneller Spontanhandlung bei der Reduzierung von Klassenobergrenzen

„Wir könnten uns ja freuen, dass der Minister endlich auf unsere Forderung eingeht, die Klassenobergrenze im 10. Jahrgang der Gymnasien auf das Maß zu bringen, das in der Eingangsphase der gymnasialen Oberstufe immer galt“, erklärt der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Eberhard Brandt. „Es ist aber unprofessionell und planlos, so ein Vorhaben völlig unabgesprochen mit der Landesschulbehörde mitten im Stellenbesetzungsverfahren zu beschließen.“ Brandt kritisiert scharf, dass die Landesschulbehörde bei dieser Gelegenheit versuche, den Gesamtschulen Stellen wegzunehmen, die den Bewerberinnen und Bewerbern bereits fest zugesagt worden waren oder die nach Sichtung der Bewerberlage neu ausgeschrieben werden sollten. Die GEW fordert, dass den Gesamtschulen alle ausgeschriebenen Stellen erhalten werden. Eine erneute Diskriminierung der Gesamtschulen sei skandalös.

Gestern, am 31. Mai 2012, erhielten einige Gesamtschulen in Niedersachsen eine Überraschungs-Mail von der Regionalabteilung der Landesschulbehörde. Darin wurden die Schulleiterinnen und Schulleiter aufgefordert, „von einer Besetzung der Stellen abzusehen“, die als Schulstellen den Bewerberinnen und Bewerbern bereits fest zugesagt worden waren. Anderen Schulen wurde untersagt, die für den 1. Juni vorgesehene Ausschreibung umgewidmeter Stellen vorzunehmen. Es handelt sich dabei um Stellen für das gymnasiale Lehramt.

Als Begründung führt die Behörde an: „Wie Sie sicherlich aus der Presse erfahren haben, werden zum kommenden Schuljahr Veränderungen des Klassenbildungserlasses in Kraft treten. Dies zwingt die Landesschulbehörde dazu, die Vergabe der Stellen zu überprüfen und notfalls zu korrigieren.“ Noch hat die GEW keine Übersicht, wie viele Gesamtschulen betroffen sind.

Die Landesschulbehörde ist am 29. Mai durch die Pressekonferenz von Kultusminister Althusmann und Ministerpräsident McAllister überrascht worden. Nun soll die alte GEW-Forderung plötzlich umgesetzt werden, die Klassenobergrenzen der 10. Klasse an Gymnasien von 32 auf 26, also den Wert der alten 11. Klasse, herabzusetzen. Mit dieser Entscheidung wurde mitten im Stellenbesetzungsverfahren an den Gymnasien nachträglich ein neuer Stellenbedarf geschaffen. Das sei ein nicht akzeptables planloses und unprofessionelles Vorgehen, kritisiert die GEW.

Dennoch entsteht kein zwingender Handlungsbedarf, Gesamtschulen Stellen zu entziehen. Der Minister hatte stolz verkündet, an den Gymnasien hätten so viele Lehrkräfte die Rückgabe des Lehrerarbeitszeitkontos verschoben, dass genügend Spielraum für die Reduzierung der Klassenobergrenzen vorhanden sei. Außerdem soll der Minister für das kommende Schuljahr mehr als 200 Stellen an den Finanzminister zurückgegeben haben. Warum sollen also Gesamtschulen Stellen nachträglich entzogen werden?

Die GEW setzt sich für einen Stufenplan zur Reduzierung der Klassenobergrenzen an allen Schulformen und Schulstufen ein. „Aber das muss ordentlich geplant und berechnet werden. Dieses Feld eignet sich nicht für politisch motivierte Spontanhandlungen des Ministers“, so Eberhard Brandt.

Verantwortlich: Richard Lauenstein